

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 3

4. Januar 1980

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gibt einen Ausblick auf die Bemühungen um weltweiten sozialen Ausgleich in den 80er Jahren: Das Konfliktpotential der Dritten Welt kann auch für Industrieländer unabsehbare Folgen haben.

Seite 1-3

Eugen Glombig MdB kommentiert die Arbeitsmarktdaten des Dezembers: Trotz Belastungsfaktoren kein Anlaß zu Pessimismus.

Seite 4

Oskar Lafontaine, Spitzenkandidat der SPD im Saarland, wendet sich gegen den massiven Ausbau von Kernkraft: Cattenom und die europäische Idee.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Bemühen um weltweiten sozialen Ausgleich

Konfliktpotential der Dritten Welt kann auch für Industrieländer in den 80er Jahren unabsehbare Folgen haben

Von Rainer Offergeld MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

"Während eine Minderheit der Welt im großen Wohlstand, da im Überfluß lebt, leidet ein weitaus größerer Teil der Menschheit unter äußerster Armut, und die Kluft vertieft sich ständig."

Dieser Satz steht in der Präambel der internationalen Strategie für die zweite Entwicklungsdekade. Er ist zehn Jahre alt; dennoch hat er nichts von seiner bedrückenden Wahrheit verloren. Noch immer leben in den Ländern der Dritten Welt etwa 800 Millionen Menschen in bitterster Armut und unter menschenunwürdigen Umständen. Sie haben nicht genug zu essen, kein Dach über dem Kopf und es fehlen ihnen selbst die einfachsten sozialen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung oder Schulen für ihre Kinder. Allein 1979, im Jahr des Kindes, sind 15 Millionen Kinder in den Entwicklungsländern an Fehl- und Unterernährung und an Krankheiten gestorben, die sich bei ausreichender ärztlicher Versorgung hätten heilen lassen.

Das sind schreckliche Tatsachen, und wir müssen uns fragen, ob denn die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft in der zweiten Entwicklungsdekade mit den Problemen von Hunger und Armut in der Welt fertig zu werden, völlig vergebens gewesen sind.

Sicher nicht!

800 Millionen Menschen, die nach wie vor im Elend leben, dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß es in vielen Ländern der Dritten Welt deutlich aufwärts gegangen ist. Die sogenannten Schwellenländer oder neuen Industriestaaten wie Brasilien, Mexiko, Korea, Malaysia und Singapur haben beeindruckende wirtschaftliche Fortschritte erzielt und einen



ökonomischen Stand erreicht, der es ihnen erlaubt, weitgehend ohne Hilfe von außen voranzukommen. Das sagt natürlich noch nichts darüber aus, wie es mit der Einkommensverteilung und damit der sozialen Gerechtigkeit im Innern dieser Länder aussieht. In vielen Schwellenländern bleibt noch viel zu tun, bis sich mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller am Wohlstand durchgesetzt haben werden.

Eine weitere Gruppe von Ländern wie die OPEC-Staaten oder auch Zaire, Liberia und Peru verfügen über wichtige Rohstoffe, aus deren Erlös sie eine eigenständige Entwicklung finanzieren können. Auch bei ihnen, wie bei Ländern mit mittleren Wachstumserfolgen, etwa Kamerun, der Elfenbeinküste oder den Philippinen, wird sich in den kommenden Jahren deutlich die Frage nach mehr Ausgleich und nach größerer sozialer Gerechtigkeit innerhalb der Länder stellen.

Es gibt also durchaus Erfolge, die sich sehen lassen können. Dennoch bleibt die große Zahl der armen und ärmsten Länder, die über wenig oder gar keine Ressourcen verfügen und die teilweise klimatisch besonders benachteiligt sind, wie zum Beispiel die Sahelstaaten. Die zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade geäußerten Hoffnungen, diesen Ländern ein gutes Stück voranzuhelfen zu können sind bitter enttäuscht worden. Angesichts der Tatsache, daß sich in einigen dieser Länder die Lebensbedingungen sogar verschlechtern haben, erscheint die Bewahrung des Status quo insgesamt schon beinahe als Erfolg.

Den armen und ärmsten Ländern muß in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit gelten. Dort entwickelt sich ein Konfliktpotential, das den Weltfrieden ernsthaft bedrohen kann. Deshalb muß die wirtschaftliche und soziale Lage dieser Länder nachhaltig verbessert werden. Sonst werden sich die Hungeraufstände mehren und um sich greifen, und mit jedem Mal wird die Gefahr größer, daß aus ihnen Konflikte werden, die unabsehbare Folgen auch für die Industrieländer haben können.

Es ist aber nicht nur unser Eigeninteresse an einer weltweiten Friedenssicherung, das unser politisches Handeln bestimmt. Unsere Grundwerte politischen Handelns verpflichten uns, diesen Ländern zu helfen, wenn wir vor uns selbst bestehen wollen.

Was aber ist zu tun? Vor allem drei Fragenkomplexe sind für die nächsten Jahre besonders wichtig:

1. Wir müssen ein überzeugendes Konzept für die Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln. Dieses Konzept muß deutlich machen, daß wir es mit der gerechteren Verteilung des aus wirtschaftlichem Zuwachs entstehenden Reichtums ernst meinen. Ohne ein solches Konzept besteht die Gefahr, daß die Industriestaaten weiterhin auf die - oft wenig realistischen - Forderungen der Gruppe der 77 mit Verzögerungs- und Hinhaltenaktik reagieren, und daß es dabei zu neuen Konfrontationen und womöglich zu einem endgültigen Festfahren des Nord-Süd-Dialoges kommt.
2. Zu überprüfen ist auch der institutionelle Rahmen, der sich für den Nord-Süd-Dialog entwickelt hat. Die Vielzahl internationaler bürokratischer Mammutkonferenzen mit sich überlappenden Fragestellungen und unzureichender Expertenvorbereitung hat in der zurückliegenden Dekade nur sehr spärliche Ergebnisse gebracht. Es müssen neue Verhandlungsformen gefunden werden, die an die Stelle zum Fenster hinausgehaltener Reden und unverrückbarer Standpunkte einen Dialog setzen, der sich durch argumentative Auseinandersetzung und Kompromißbereitschaft auszeichnet.
3. Die Entwicklungsfinanzierung und die Forderung nach einem automatischen Ressourcetransfer, der unabhängig von jährlichen Haushaltsentscheidungen stattfindet, sind besonders wichtig. Während die Schwellenländer und einige andere Entwicklungsländer



aller Voraussicht nach in der Lage sein werden, die für ihre Entwicklung erforderlichen Mittel weitgehend selbst aufzubringen, wird der Finanzbedarf für die Entwicklung in den armen und ärmsten Ländern unweigerlich zu der Frage nach neuen Finanzierungsquellen und -möglichkeiten führen. Dabei kommt der jetzt anlaufenden Diskussion über Vorschläge für internationale Entwicklungsabgaben besondere Bedeutung zu. So ist zum Beispiel eine Besteuerung, die dem Ziel dient, knappe Rohstoffe sparsam einzusetzen, ein vernünftiger Ansatz. Die Bundesregierung wird sich an der Diskussion um die Schaffung neuer Finanzquellen für die Entwicklung der Dritten Welt konstruktiv beteiligen und auch vor der Diskussion zunächst utopisch klingender Vorschläge nicht zurückschrecken.

Im Bereich der deutschen bilateralen Entwicklungshilfe hat das vergangene Jahr einige wichtige Entscheidungen gebracht, die es ermöglichen, in den kommenden Jahren den eingeschlagenen Weg noch zielstrebig fortzusetzen. Mit der Verabschiedung der 17 entwicklungspolitischen Thesen durch das Bundeskabinett ist Entwicklungen der letzten Jahre in der Dritten Welt und bei uns Rechnung getragen worden. Auf der Grundlage dieser Thesen wird die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung fortgeschrieben werden. Dabei werden die weiter zu verstärkende Unterstützung der armen und ärmsten Länder, die Bekämpfung der absoluten Armut und die Förderung einer eigenständigen Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt wichtige Markierungspunkte darstellen. Auch künftig werden wir die Eigenständigkeit unserer Partner respektieren und die Entwicklungshilfe weder als Mittel für noch gegen bestimmte gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ordnungsvorstellungen einsetzen.

Der Beschluß der Bundesregierung, die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen im Jahre 1980 deutlich anzuheben und auch für die Folgejahre überproportionale Steigerungsraten für den Entwicklungsetat vorzusehen, ist international stark beachtet und anerkannt worden, so erst kürzlich durch den Entwicklungsausschuß der OECD in Paris. Noch wichtiger aber ist die durch diesen Beschluß geschaffene Möglichkeit, unsere Anstrengung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zu verstärken und auszubauen.

Dabei wird ein neuer Schwerpunkt die Förderung konventioneller und nicht-konventioneller Energiequellen in Ländern der Dritten Welt sein. Dafür stehen allein 1980 beinahe 800 Millionen DM zur Verfügung. Mit diesen Mitteln hoffen wir, zur Verringerung der Erdölabhängigkeit der Entwicklungsländer beitragen zu können. Die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Erdölpreise haben zahlreiche Entwicklungsländer an den Rand des Ruins gebracht. Das gilt wiederum besonders für die ärmsten Länder, die immer tiefer in den Teufelskreis der Verschuldung geraten.

Wir haben für 17 dieser Länder die bisher gewährten Kredite in Zuschüsse umgewandelt und sie dadurch von einer drückenden Last befreit. 24 Prozent aller Zusagen in der finanziellen Zusammenarbeit und 36 Prozent in der technischen Zusammenarbeit werden 1980 an die ärmsten Entwicklungsländer gehen. Diese wenigen Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache und zeigen daß die Bundesregierung Entwicklungspolitik als das Bemühen um weltweiten sozialen Ausgleich, um mehr Gerechtigkeit und damit auch um mehr Menschenwürde begreift. Daran wird sich in Zukunft nichts ändern. (-/4.1.1980/ks/oz)

+ + +



Keine Tendenzwende
-----**Trotz Belastungsfaktoren kein Anlaß zu Pessimismus**

von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember 1979 auf rund 867.000 gestiegen. Die Gesamtzahl war jedoch um 140.000 niedriger als im Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 3,8 Prozent gegenüber 4,4 Prozent Ende 1978. Die Arbeitslosenquote für Jugendliche ist mit 3,3 Prozent weiter deutlich unterdurchschnittlich. Für Schwerbehinderte und ältere Arbeitnehmer hat sich der Arbeitsmarkt nicht verbessert, im Gegenteil, Monat für Monat mußten höhere Arbeitslosenzahlen für diese Personengruppen festgestellt werden, trotz der zahlreichen arbeitsmarktpolitischen Initiativen. Der gegenwärtige Bestand an gemeldeten offenen Stellen, die Zahl der Kurzarbeiter sowie die Gesamtzahl der Arbeitslosen weisen darauf hin, daß es konjunkturell nach wie vor aufwärts geht, durch den bisher relativ milden Winter sind zudem keine zusätzlichen saisonalen Belastungsfaktoren entstanden.

Entgegen mancherlei Spekulationen kann von einer Tendenzwende für den Arbeitsmarkt keine Rede sein. Im Jahresdurchschnitt 1978 wurde mit 993.000 registrierten Arbeitslosen die Millionengrenze knapp unterschritten, 1979 wurde ein Durchschnitt von 876.000 erreicht, die Arbeitslosenquote ging von 4,3 auf 3,8 Prozent zurück. Der vorsichtige Optimismus wurde damit vollauf bestätigt. Trotz der unübersehbaren zusätzlichen Belastungsfaktoren, zum Beispiel durch die Ölpreisverteuerung, besteht zu arbeitsmarktpolitischem Pessimismus auch jetzt kein Anlaß. Die Gesamtsituation kann und muß weiter verbessert werden. Die Hilfen für die Problemgruppen sind auch im neuen Jahr besonders wichtig. Auch nach der neuesten Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit haben Arbeitslose im Alter über 55 Jahre und schwerbehinderte Arbeitslose keine Nutzen aus der konjunkturellen Besserung am Arbeitsmarkt ziehen können. Diese Probleme lösen sich also nicht von selbst. Die Arbeitgeber müssen an ihre Verantwortung diesen Menschen gegenüber erinnert werden. Die Bundesregierung prüft Initiativen zur Verbesserung des Übergangs vom Arbeitsleben in das Rentenalter und zur Änderung des Schwerbehindertenrechts. Das Ergebnis sollte nicht mehr lange auf sich warten lassen.

(-/4.1.1980/ks/ca)

+ + +



Cattenom und die europäische Idee

Gegen den massiven Ausbau der Kernkraft

Von Oskar Lafontaine

Spitzenkandidat der SPD im Saarland

Wir brauchen dringend eine europäische Energiepolitik. Wir brauchen verbindliche Absprachen im Rahmen der EG, die es ermöglichen, daß die in der Nähe einer großtechnischen Anlage wohnende Bevölkerung bei der Errichtung eben dieser Anlage ein Mitspracherecht hat.

Wenn eine solche europäische Energiepolitik nicht bald Wirklichkeit wird, sehe ich Gefahren für ein vereintes Europa. Die europäischen Nationalstaaten sind auf dem Wege, ihre atomaren Großanlagen an der Grenze der jeweiligen Nachbarstaaten zu errichten.

Ein Beispiel dafür ist das französische Kernkraftwerk Cattenom, das unmittelbar an der Grenze zu Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland errichtet werden soll. Es soll eine elektrische Leistung von 5.200 Megawatt im Endausbau haben. Das ist mehr als die Hälfte dessen, was derzeit in der Bundesrepublik an Kernkraftwerken in Betrieb ist. Dieses Kernkraftwerk wäre eines der größten der Welt.

Die Bevölkerung des Saarlandes, von Rheinland-Pfalz und von Luxemburg, die bei Unglücksfällen in dieser Anlage betroffen wäre, hat bei der Frage, ob diese Anlage überhaupt gebaut werden darf, kein Mitspracherecht. Das rücksichtslose Vorgehen Frankreichs in dieser Frage ist nicht dazu angetan, die Idee eines vereinten Europas zu stärken.

Allerdings, gegen Cattenom kann sich nur der wenden, der im eigenen Land einen forcierten Ausbau der Kernenergie nicht das Wort redet. Allen voran befürworten die Herren Zeyer und Klumpp einen stärkeren Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik; dies beschloß die CDU/FDP-Mehrheit des saarländischen Landtages ohne Einschränkung.

Dieser Beschluß war geradezu eine Aufforderung an die französische Regierung, an



Ihren Plänen für Cattenom festzuhalten. Die saarländische SPD hält dagegen an ihrer Forderung nach einem Ausbaustop für die Kernenergie fest.

Die saarländische SPD vertritt ohne Wenn und Aber die Auffassung, daß keine neuen Kernkraftwerke in Betrieb genommen werden dürfen, bevor wir nicht wissen, wo der giftige Atom-Müll gelagert werden soll.

Wer im eigenen Land sich für den Ausbaustop der Kernenergie einsetzt, kann mit der gleichen Argumentation sich auch gegen den massiven Ausbau der Kernkraft in anderen Ländern wenden.

Auch Frankreich weiß bis heute nicht, wo der giftige Atom-Müll gelagert werden soll. Die saarländische SPD ist für eine Wende in der Energiepolitik. Noch so große Anstrengungen für die Kernenergie können das Öl bei der Gebäudeheizung nicht ersetzen.

Die Antwort auf die Schwierigkeiten in der Ölversorgung ist nicht der Bau immer neuer Kernkraftwerke, sondern eine konsequente Politik der Energieeinsparung und eine nachhaltige Förderung der Entwicklung neuer Energiequellen. Hätten wir für diese Förderung die zwanzig Milliarden DM aufgewandt, die wir für Kernenergie ausgegeben haben, wir wären heute ein gutes Stück weiter.

(-/4.1.1980/vo-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willy Carl

